

Herausforderungen an die soziale Infrastruktur in Abwanderungsregionen

Elisabeth Aufhauser

Es stimmt: viele Gemeinden in Österreich sind mit dem Problem konfrontiert, dass Junge – insbesondere Frauen – abwandern und dadurch Problemlagen generiert werden, die die Kommunalpolitik und die dafür Verantwortlichen immer wieder vor neue Herausforderungen stellen. Mit der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft vervielfältigen sich nicht nur die sozialen Aufgaben, die auf kommunaler Ebene gelöst werden müssen, es werden darüber hinaus sehr flexible, auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Angebotsbündel erwartet und es steigen insgesamt die Anforderungen an die Qualität der sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig werden die öffentlichen Budgets immer knapper. Die zunehmende Überschuldung vieler Gemeinden ist auch in engem Zusammenhang mit den steigenden Aufgaben und Ausgaben im Bereich der sozialen Infrastruktur zu sehen. In Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang sinken die Einnahmen teilweise dramatisch und sogar der Erhalt und die Finanzierung einer adäquaten sozialen Grundversorgung ist in Gefahr. Da sich die Zahl der Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahren deutlich erhöhen wird, sind dringend neue Angebotsmodelle und Finanzierungsformen zur Sicherstellung einer adäquaten sozialen Infrastruktur auf regionaler Ebene zu entwickeln.

Die Förderung von innovativen Projekten auf regionaler Ebene muss in den nächsten Jahren stärker auf den sozialen Bereich ausgerichtet werden

Im Vortrag werden einige zentrale Herausforderungen an die soziale Infrastruktur angesprochen, mit denen viele Gemeinden und Regionen in Österreich in den nächsten Jahren konfrontiert sein werden, sowie Wege skizziert, um diesen zu begegnen. Als „gelernte“ Wirtschaftsgeographin und „gelernte“ Demographin möchte ich drei grundlegende Einschätzungen voranstellen:

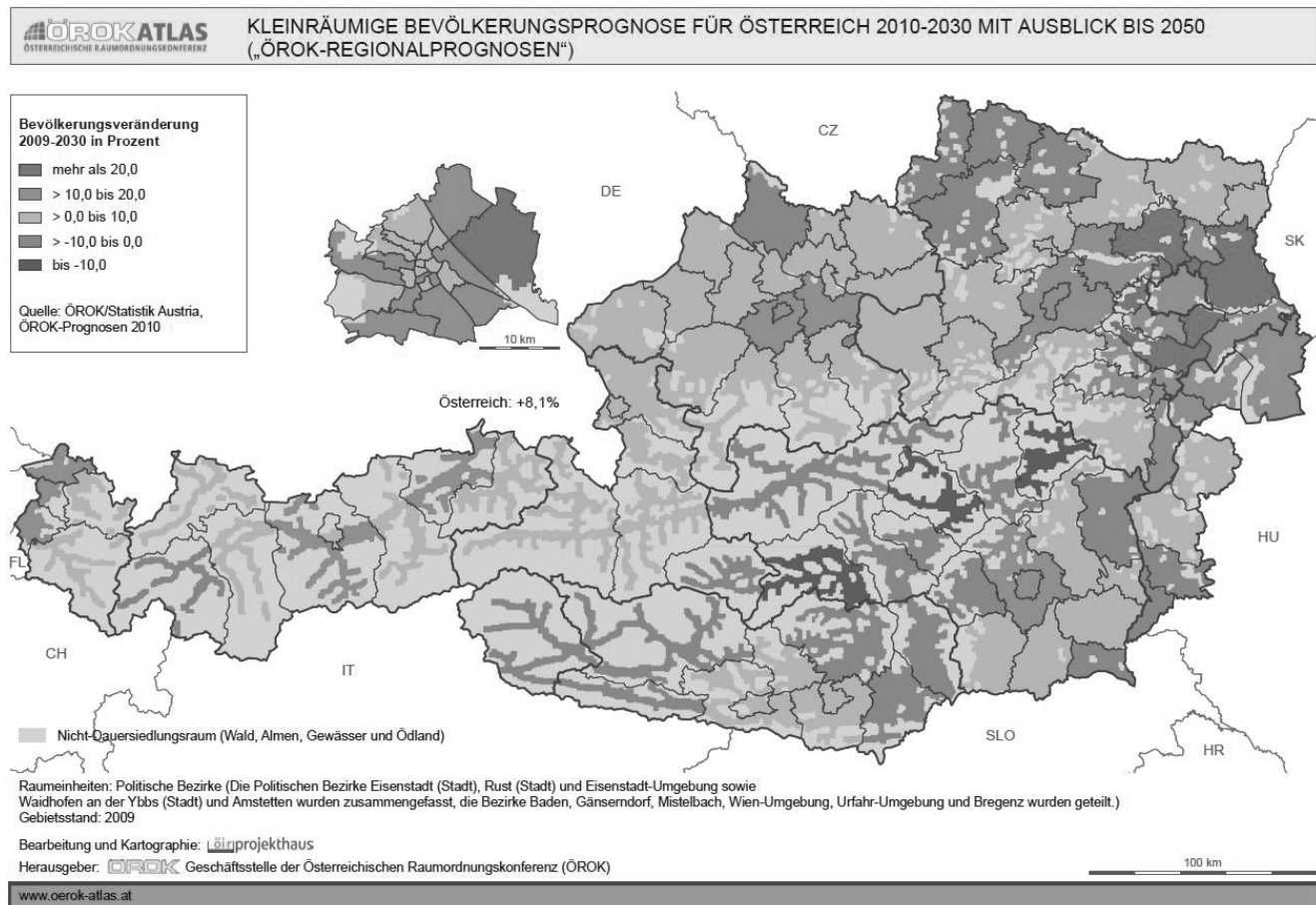
Erstens, soziale Sicherheit und Lebensqualität stellen in der Wissensgesellschaft einen zentralen wirtschaftlichen Standortvorteil dar. D.h. Investitionen in qualitätsvolle Betreuungs-, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur, in altersgerechte Wohnformen, in Projekte, die die soziale Integration vorantreiben, oder in Projekte, in denen nach regional angepassten, integrierten Lösungen gesucht wird, heben nicht nur den Lebensstandard der vor Ort lebenden Wohnbevöl-

kerung, sondern sind auch für die Wirtschaft funktional. Gut qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stellen heute besonders hohe Anforderungen an das soziale Milieu, in dem sie mit ihren Angehörigen leben.

Zweitens, Investitionen in soziale Infrastrukturen sind in beschäftigungspolitischer Hinsicht extrem effizient und das Beschäftigungswachstum ist in den Branchen, die der sozialen Infrastruktur i.w.S. zuzurechnen sind, noch immer sehr dynamisch.(1) In Zeiten knapper öffentlicher Budgets gilt es, auch die europäischen Strukturfonds verstärkt für den Ausbau und Erhalt sozialer Dienstleistungen in den Regionen zu nutzen. Im Moment fokussieren die regionalpolitischen Aktivitäten, die über EU-Mittel ko-finanziert werden, unter Schlagworten wie Technologiezentren, Clusterpolitik oder Förderung des regionalen Entrepreneurship, sehr stark auf die Stärkung unternehmerischer Milieus. Vor dem Hintergrund der großen sozialen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren von zunehmend mehr Gemeinden bewältigt werden müssen, erscheint es dringend notwendig, in der Strukturfondsperiode 2014-20 Mittel spezifisch für die Förderung innovativer Pilotmodelle im Bereich sozialer Infrastrukturangebote zu reservieren.(2) Angeknüpft werden kann dabei an erste Projekte, die im Rahmen verschiedener Gemeinschaftsinitiativen (insbesondere EQUAL) in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Mit den relativ flächendeckend vorhandenen Regionalmanagements, Kleinregionsstrukturen und Leader-Gruppen gibt es bereits geeignete institutionelle Ankerpunkte, um die herum Projektprozesse initiiert werden können.

Drittens, mittels Bevölkerungsprognosen werden Entwicklungen gerne überspitzt, um nicht zu sagen „dramatisiert“. Auch hinter den in blau dargestellten sog. Abwanderungsgemeinden und -regionen in Abbildung 1 „verbergen“ sich sehr unterschiedliche demographische Entwicklungen, die nicht überall, nicht immer oder in allen Aspekten als negativ zu beurteilen sind. In einer detaillierten Analyse der Bevölkerungsbewegungen im Rahmen des Interreg Projektes Demochange wurde etwa erst kürzlich für den Pinzgau, den Lungau und den Pongau sehr anschaulich gezeigt, dass Abwanderungsregionen immer gleichzeitig auch Zuwanderungsregionen sind.(3) Auch meine eigenen Analysen etwa für das Mühlviertel oder das Burgenland zeigen, dass der Abwanderung junger einheimischer Bevölkerung vielfach eine Zuwanderung älterer und/oder ausländischer Personen gegenüber steht.

Für die endgültige Beurteilung der Herausforderungen, die sich für einzelne Gemeinden bzw. Regionen aus der demographischen Entwicklung ergeben, ist den differenzierten



Quelle: ÖROK Atlas, <http://www.oerok-atlas.at>

Abb. 1. Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030

Zu- und Abwanderungsprozessen verschiedener Bevölkerungsgruppen auf alle Fälle verstärkt Augenmerk zu schenken.⁽⁴⁾ So werden etwa in Regionen, aus denen überproportional junge Frauen abwandern, auch sehr spezifische soziale Fragen relevant: Wie werden Betreuungs- und Pflegeaktivitäten, die lange von Frauen unentgeltlich erbracht wurden, neu organisiert? Wie finden die jungen Männer adäquate Partnerinnen? Wie werden zuziehende Partnerinnen mit „anderen“ ethnischen oder kulturellen Hintergründen sozial integriert? Mit den verschiedenen Formen selektiver Zuwanderung, die für viele sog. Abwanderungsregionen typisch sind, stellen sich auf kommunaler Ebene jedoch nicht nur neue soziale Fragen. Es eröffnen sich im Allgemeinen auch Chancen im Hinblick auf regionale Beschäftigungs- und Problemlösungskapazitäten. Einerseits benötigen die Zuwandernden unter Umständen andere, neue Angebote an sozialer Infrastruktur, andererseits kann das Erfahrungspotenzial der Zuwandernden (etwa von Personen im Zuge der Pensionierung oder von Migrantinnen/Migranten) aktiviert werden, um neue Lösungen für soziale Herausforderungen zu finden.

(Regulierte) Vielfalt und Qualität als neue Herausforderung

Soziale Dienstleistungen und die Frage, wie und in welcher Form deren Bereitstellung geregelt werden soll, haben in den letzten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit von der Europäischen Kommission erhalten.⁽⁵⁾ Beihilfenrecht, Vertragsrecht, Niederlassungsfreiheit sowie Wahlfreiheit durch Wettbewerb sind heute auch bei Investitionen in soziale Infrastrukturen auf kommunaler Ebene zu beachten und strukturieren das sog. sozialrechtliche Dreieck (vgl. Abbildung 2), im Rahmen derer die Leistungen erbracht werden müssen. Die formalen Regelungen, die beim Angebot und bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen mittlerweile zu beachten sind, stellen einerseits eine große Herausforderung für kommunale Politikerinnen und Politiker dar, andererseits sichern sie – hoffentlich – auch eine steigende Qualität der angebotenen Leistungen. So sind der Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung, zu lebenslangem Lernen, zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung, zu einem „würdigen Altern“ oder zu Maßnahmen, die die soziale Integration unterstützen, heute als Menschenrechte definiert, die in den Ländern der Europäischen Union zu garantieren sind. Unterstützt werden



Quelle: Eigene Darstellung.

Abb. 2. Sozialrechtliches Dreieck

integrierte Lösungen, die gezielt auf individuelle Bedürfnisse und am regionalen Bedarf ausgerichtet sind. Die Koordination mit Aktivitäten bürgerlichen Engagements wird grundsätzlich positiv bewertet, gleichzeitig wird aber auch darauf Wert gelegt, eine Professionalisierung der Angebote und bei den Anbietenden voranzutreiben. Explizit gefördert wird von Seite der europäischen Kommission auch die Integration neuer IT-gestützter Kommunikationsformen in die Angebote sowie eine Qualitätskontrolle durch die Nutzerinnen und Nutzer (als zahlende Dritte).

Auf eine detaillierte Betrachtung der großen Herausforderungen, mit denen die Gemeinden und Regionen aufgrund neuer rechtlicher Vorgaben bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen heute konfrontiert sind, wird hier verzichtet.⁽⁶⁾ Auf alle Fälle müssen die Gemeinden und Regionen bei deren adäquater Umsetzung gezielt unterstützt werden. (7) Gerade mit Blick auf die von der Europäischen Union forcierten Aspekte von Wahlfreiheit durch Wettbewerb oder Qualitätssicherung durch fachliche Spezialisierung und Professionalisierung gilt es tragfähige Pilotmodelle zu entwickeln die zeigen, wie und auf welche Weise eine Integration verschiedener Anbieter möglich ist, ob und in welcher Form kleinen lokalen Anbietern Vorrang vor großen (internationalen) Anbietern gegeben werden kann oder wie fachliche Spezialisierung mit Grundangeboten verknüpft werden kann.

Am Beispiel der Seniorenbetreuung soll abschließend kurz gezeigt werden, welches vielfältige Leistungsbündel heute auf kleinräumiger Ebene grundsätzlich erwartet wird.⁽⁸⁾

Die Zahl an älteren Menschen wird auch in den sog. Abwanderungsregionen in naher Zukunft absolut noch zunehmen, teilweise wird sie sogar massiv steigen.⁽⁹⁾ Um dieser Bevölkerungsgruppe ein „würdiges Altern“ zu ermöglichen, müssen sehr unterschiedliche qualitativ hochwertige, von Fachkräf-

ten vor Ort erbrachte Dienstleistungen angeboten werden, um flexibel auf die immer stärker variierenden individuellen Bedürfnisse nach Betreuung, Pflege und sozialer Integration reagieren zu können. Zum heute erwarteten Angebot zählen etwa verschiedenste Formen an *mobilen Diensten*, die es älteren Menschen ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung zu leben, aber etwa auch *Tageszentren*, die einerseits Angehörige im Alltag entlasten, andererseits vielfältige spezifische Fachbetreuung bieten und auch eine sozial integrative Funktion wahrnehmen. In Streusiedlungen sind derartige Angebote immer mit sehr hohen Fahrtkosten verbunden, die nur schwer in privatwirtschaftlich kalkulierte durchschnittliche Kostenvorgaben zu pressen sind.⁽¹⁰⁾ *Betreute Wohnformen* oder die *alters- bzw. behindertengerechte Adaption* von Wohneinheiten, öffentlichen Verkehrsmitteln u.ä.m. erfordern relativ hohe Investitionen, die sich viele Gemeinde nur schwer bzw. gar nicht mehr leisten können.

Demographische Entwicklungen als Herausforderung

Wie eingangs angesprochen, lassen sich die Herausforderungen, die sich für einzelne Gemeinden bzw. Regionen aus demographischen Entwicklungen ergeben, nur auf Basis einer detaillierten Analyse der Zu- und Abwanderungsprozesse beurteilen. Einige allgemeine Trends sind dennoch für viele Abwanderungsgemeinden bzw. -regionen typisch und werden in Zukunft für eine deutlich größere Zahl an Gemeinden in Österreich prägend werden:

1. Verbunden mit dem quantitativen Rückgang der Bevölkerung ist ein kleinräumiges, flächendeckendes Angebot an eigenständigen sozialer Dienstleistungen auf kommunaler Ebene wegen zu kleinen Nutzungs-

bzw. Auslastungszahlen vielfach nicht mehr zu finanzieren. Es muss daher nach sinnvollen Formen der Verkleinerung, der Zusammenlegung und Zentralisierung von Angeboten gesucht werden.

2. In vielen Gemeinden und Regionen nimmt die Zahl an älteren Personen absolut und relativ zu, jene der Kinder und jungen Erwachsenen ab. Insbesondere die Zahl der Hochbetagten wird in den nächsten Jahren in vielen Gemeinden massiv steigen. Das Angebot an sozialer Infrastruktur muss an die veränderten, insgesamt als relativ kostenintensiv zu beurteilenden Pflege- und Betreuungsanforderungen adaptiert werden.
3. Frauen wandern aus vielen Regionen überproportional ab. Vor allem die junge Bevölkerung „vermännlicht“ sehr stark. Es stellt sich die Frage, wer die „neuen“ Träger bzw. Trägerinnen der sozialen Infrastruktur sein werden bzw. sein können.
4. Auch in ländlichen Gebieten mit hoher Abwanderung diversifiziert sich die Bevölkerung im Hinblick auf kulturelle und ethnische Herkunft. Gerade bei sozialen Dienstleistungen werden daher sprachliche und kulturelle „Übersetzungen“ immer wichtiger.

Ziel muss die Erarbeitung integrierter und wirtschaftlicher Lösungen gemeinsam mit der Bevölkerung sein

Die zentrale Frage, die sich in sog. Abwanderungsregionen stellt, ist, wie und auf welche Weise bestehende soziale Infrastrukturangebote, die sich privatwirtschaftlich und/oder öffentlich-rechtlich nicht mehr rechnen, so adaptiert werden können, dass dennoch eine sinnvolle Qualität und Erreichbarkeit erhalten bleibt, und wie neue Infrastrukturangebote so mit bestehenden Angeboten verknüpft werden können, dass möglichst geringe zusätzliche Kosten anfallen. Zu beachten ist dabei, dass die Gemeinden in der Regel durch den laufenden Betrieb sozialer Dienstleistungsangebote finanziell stärker belastet werden als durch Anfangsinvestitionen, da für diese leichter Finanzierungsmodelle entwickelt und Subventionen aufgetrieben werden können. Insgesamt gesehen zählen öffentlicher Nahverkehr, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen sowie Sicherung der Nahversorgung zu den Bereichen, die für die Gemeinden heute die größten Finanzprobleme verursachen. Daneben müssen sich die Gemeinden aber auch um Schul- und Weiterbildungsangebote, um Angebote im Bereich der Gesundheits- und Drogenberatung, um verschiedenste Therapieangebote, um Freizeitangebote, um interkulturelle Kommunikation u.v.m. kümmern.

Alleine lassen sich die Herausforderungen für die Gemeinden nicht mehr bewältigen. Interkommunale Kooperation muss daher auch bei der Erstellung und laufenden Finanzierung von sozialen Dienstleistungseinrichtungen selbstverständlich werden und sollte gezielt gefördert werden.

Wichtig ist insgesamt der aktive Einbezug der Bevölkerung in die Entscheidung, welche Angebote, in welcher Flexibilität und in welcher Spezialisierung an bestimmten Orten tatsächlich benötigt werden; welche Angebote gebündelt werden

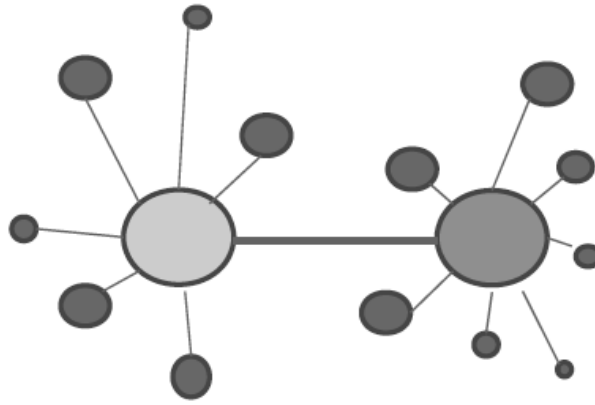
können, um Investitions- und laufende Kosten möglichst niedrig zu halten; welche Orte bzw. Räume multifunktional und generationsübergreifend genutzt werden können; über welche Angebotsvarianten auch Professionalisierungspotentiale für Einheimische geschaffen und genutzt werden können; aber auch, welche Prioritäten mit Blick auf die Finanzierbarkeit zu setzen sind. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- Entstehen tatsächlich große Versorgungsprobleme, wenn statt dem lokalen Bäcker nur mehr die Brotbackstation im Supermarkt des Gerichtsbezirksortes zur Verfügung steht?
- Welche Personen schaffen es nicht zum nur mit dem Auto erreichbaren nächsten Raiffeisen-Lagerhaus, in dem es eigentlich (fast) alles gibt?
- Wer fühlt sich für Fragen sozialer Integration verantwortlich, wenn der zuständige Pfarrer nur mehr alle paar Wochen vorbeischaut?
- Wie wird der Informationsaustausch, wie wird Kommunikation organisiert, wenn die Erben und Erbinnen auch das letzte Wirtshaus im Ort nicht mehr weiterführen wollen?
- Was tun, wenn die Kinderzahlen am Ort nicht einmal mehr ausreichen, um einen Mehrklassenunterricht in der Volksschule zu rechtfertigen?
- Wie kommen die weniger Mobilen zu jener „zweiten Fachmeinung“, die einzuholen der Gemeindearzt/die Gemeindeärztin vorschlägt?
- Welche Möglichkeiten bieten wir der zugewanderten Ehefrau um der drohenden sozialen Isolation zu entkommen?
- U.ä.m.

Hub-Spoke-Organisation als räumliches Grundmodell

Als Grundmodell für eine zukunftsfähige räumliche Organisation sozialer Infrastrukturangebote bieten sich sog. Hub-Spoke-Systeme an, wie sie etwa auch im Bereich der Güterlogistik üblich sind (vgl. Abbildung 3). Die sog. „Hubs“ (Naben/ Knoten) stehen dabei symbolisch für spezialisierte Dienstleistungsangebote an zentralen Orten. Die „Satelliten“-Punkte stehen symbolisch für multifunktional nutzbare „Gemeindehäuser“ in Ortschaften oder Streusiedlungen, die über „Spokes“ (Speichen) nicht nur verkehrstechnisch sondern auch über tragfähige Breitbandnetzwerke an die zentralen Einrichtungen angebunden sind.

Wie kleinräumig, wie differenziert und wie interkommunal derartige Systeme aufgebaut werden, wie stark fachlich spezialisiert bzw. wie räumlich integriert die Angebotsknoten für soziale Dienstleistungen sind sowie wie multifunktional, wie generationsübergreifend, in welcher räumlichen Form, mit welchem Personal und mit welcher zeitlichen Struktur die „kleinen“ Räumlichkeiten auf lokaler Ebene ausgestattet werden, muss unter aktiver Mitwirkung der vor Ort lebenden Bevölkerung ausgehandelt werden. Regional abzustim-



Quelle: Eigene Darstellung.

Abb. 3. Hub-Spoke-Organisation

men ist u.a. auch, welche Dienstleistungen von Spezialisten über Telekommunikation erbracht werden können; welche spezialisierten Dienstleistungen in welchem zeitlichen Rhythmus in kleineren Siedlungseinheiten „vor Ort“ angeboten werden; wie die Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen „Satelliten“ und „zentralen Einrichtungen“ auf eine integrierte Weise sicher gestellt wird.

Erste Pilotprojekte, wie ein sinnvolles Spektrum an sozialen Dienstleistungsangeboten gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet werden können, gibt es bereits (vgl. etwa den sozialwirtschaftlichen Cluster in Steyr-Kirchdorf oder den Sozialdialog im Pongau).⁽¹¹⁾ In einigen Ortschaften wurden bzw. werden bereits multifunktional nutzbare Gemeinde- oder Generationenhäuser errichtet. Einige sehr gute Beispiele gibt es auch für multifunktional nutzbare Bus- und Taxisysteme in ländlichen Regionen. Was noch fehlt sind finanzielle Förderstrukturen, die Projekte zu integrierten Lösungen auf interkommunaler Ebene vorantreiben, sowie geeignete Plattformen, über die Erfahrungen und Lösungsansätze ausgetauscht werden können. In den Regionen selbst könnte gerade im Bereich von Projektmanagement, Projektumsetzung und zivilgesellschaftlichem Engagement verstärkt auch auf die Erfahrungen der älteren Zuwandernden gesetzt werden. Darüber hinaus muss in stärkerer Weise als bisher im Bereich der Regionalpolitik üblich, auf eine adäquate Einbeziehung der Frauen als derzeit noch immer stark für soziale Belange „Zuständige“, in die Diskussion, die Planung und die Umsetzung der neu zu gestaltenden sozialen Infrastrukturangebote in den Regionen geachtet werden.

Quellenverzeichnis

- (1) Vgl. etwa Daderstädt, Michael (2012): Wachstum durch Ausbau sozialer Dienstleistungen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (=WISO direkt, Februar 2012). (http://www.dauderstaedt.de/pdf/FES_Wiso_direkt_Wachstum_1.pdf; 22.09.2012)
- (2) Vgl. dazu auch die konkreten Forderungen der Bundesarbeitskammer vom Juni 2012 zu EU-Strukturfonds und soziale Dienstleistungen. (http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d177/Soziale_DL_Langfassung.pdf; 22.09.2012)
- (3) Vgl. Demochange (2011): Demographischer Wandel im Pinzgau, Pongau und Lungau. Porträt der Salzburger Modellregion Pinzgau-Pongau-Lungau im INTERREG IV B – Alpenraum-Projekt „DEMOCHANGE: Demographischer Wandel in den Alpen – Anpassungsstrategien im Bereich der Raumplanung und Raumentwicklung“. Salzburg: Land Salzburg; Universität Salzburg; planwind.at; Research Studios Austria Forschungsgesellschaft mbH, Studio Ispace; Österreichisches Institut für Raumplanung; conSalis Entwicklungsberatung. (http://www.demochange.at/images/stories/pdf/DC_Regionsportraet_20110503.pdf; 22.09.2012)
- (4) Vgl. auch Huber, Peter et al. (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. (http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41130&typeid=8&display_mode=2; 22.09.2012)
- (5) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Mitteilung KOM(2004)374 endgültig vom 12.5.2004; Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement. Mitteilung KOM(2007)725 endgültig vom 20.11.2007; Europäische Kommission (2011): Ein Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa. Mitteilung KOM(2011)900 endgültig vom 20.12.2011.

- (6) Vgl. dazu etwa Eilmansberger, Thomas und Günter Herzig (2008): Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz. Salzburg: Universität Salzburg. (http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/4/1/CH2247/CMS1229091777409/ssgistudie-summary-endg_mit_logo_bmsk.pdf; 22.09.2012)
- (7) Vgl. dazu einen ersten im Rahmen der EQUAL Entwicklungspartnerschaft IMPROVE 2007 von der Unternehmensberatung prove herausgegebenen Leitfaden: Soziale Dienstleistungen im Wettbewerb. Grundfragen und Modelle zur Organisation und Finanzierung. (http://www.infodienst-ausschreibungen.at/docs/AT/file/leitfaden_soziale_dienstleistungen.pdf; 22.09.2012)
- (8) Zu einer detaillierten Prognose der Herausforderungen, die sich im ländlichen Raum im Hinblick auf soziale Dienstleistungen auch in Österreich stellen könnten, vgl. Moseley, Malcolm J. und Stephen Owen (2008): The future of services in rural England: The drivers of change and a scenario for 2015. In: Progress in Planning 69, 93-130.
- (9) Vgl. Hanika, Alexander et al. (2011): ÖROK-Regionalprognosen 2010-2030. Modellrechnung bis 2050. Wien: Österreichische Raumordnungskonferenz (=ÖROK Schriftenreihe Nr. 184) sowie Mayerhofer, Peter Aigner, Birgit und Thomas Döring (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Fachhochschule Kärnten. (http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41126&typeid=8&display_mode=2; 22.09.2012)
- (10) Vgl. Doubek, Claudia und Ulrike Hiebl (2001): Soziale Infrastruktur, Aufgabenfeld der Gemeinden. Wien: Österreichische Raumordnungskonferenz. (=ÖROK Schriftenreihe Nr. 158).
- (11) Vgl. auch Beispiele in Biffl, Gudrun, Faustmann, Anna und Isabelle Skrivanek (2011): Frauen und die Wirtschaftskrise. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise. Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Krems: Donauuniversität Krems. (http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d152/Studie_Soziale_Dienstleistungen_2011.pdf; 22.09.2012)